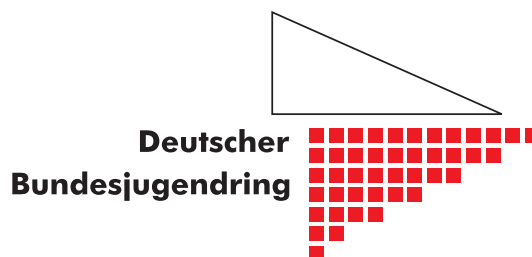


Stellungnahme



Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zur Mitteilung der EU-Kommission für eine EU-Jugendstrategie

1. Einleitung

Die Europäische Kommission legte im April 2009 ihre Mitteilung „Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“ vor. Diese Mitteilung ist die Grundlage für Beratungen zur Nachfolge des „Rahmens der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich“, der dieses Jahr ausläuft. Im November soll diese zukünftige Jugendstrategie bis 2018 vom EU-Rat beschlossen werden. Dabei wird eine neue Etappe beschrrieben: Erstmals wird es nicht nur einen europäischen „Rahmen“, sondern eine „Strategie“, einschließlich der Benennung von künftigen Herausforderungen und Prioritäten sowie von Verfahren und Instrumenten, geben.

Mit den vorliegenden Einschätzungen beteiligt sich der DBJR am nationalen Dialog der Bundesregierung zur vorgeschlagenen Jugendstrategie.

2. Vom alten zum neuen Rahmen europäischer Jugendpolitik

Die Revision des europäischen Rahmens geschieht mit großem Vorlauf, so dass eine Einbindung aller Akteure möglich gewesen wäre. Leider hat die EU-Kommission die Beteiligten lange nicht in einer transparenten Weise über die jeweiligen Schritte des Prozesses informiert. Trotz ihres eigentlich hohen Konsultationsanspruchs verfolgte sie bisweilen ihre eigene Agenda. Aufgrund der widersprüchlichen Signale an nationale Regierungen, Ministerien und die Jugendarbeit lässt sich kaum nachvollziehen, inwieweit die Erkenntnisse aus dem Konsultationsverfahren tatsächlich berücksichtigt werden.

Der Strukturierte Dialog mit der Jugend ist nach wie vor ein „zartes Pflänzchen“, das zumindest auf europäischer Ebene umgesetzt zu werden schien. Jedoch hat die Kommission ohne jegliche Benachrichtigung den Strukturierten Dialog in diesem Jahr ausgesetzt. Die halbjährlichen Treffen zwischen EU-Kommission, den Jugendministerien und den nationalen Jugendringen wurde trotz mehrfacher Nachfragen nicht einberufen. Das Treffen ist seit Januar überfällig. Wenn Prozesse wie der Strukturierte Dialog nach nur zwei Jahren ohne Ankündigung ausgesetzt werden, gehen aufgrund der fehlenden Kontinuität bereits erreichte Ergebnisse verloren. Die Glaubwürdigkeit des gesamten jugendpolitischen Rahmens wird in Frage gestellt, da er den Strukturierten Dialog als ein zentrales Element beinhaltet.

Die neue Strategie beschreibt umfangreiche Konsultationsverfahren, die im Rahmen der Evaluierung des existierenden Rahmens stattgefunden haben. Die Unterstreicherung dieses Aspekts ist erfreulich, andererseits muss kritisch hinterfragt werden, inwieweit nachprüfbar Ergebnisse vorliegen und an einer zentralen Stelle zugreifbar sind. Es wird nach wie vor nicht darauf eingegangen, wie Ergebnisse aus Konsultationsverfahren bewertet werden (z.B. aus der Europäischen Jugendwoche). Aus Sicht des DBJR muss die EU-Kommission, die hier die „Spielregeln“ festlegt, ebenfalls die dazugehörigen Mechanismen zur Ergebnissicherung präsentieren. Einbindung vieler Akteure funktioniert nur, wenn ihre Beiträge auch sichtbar gemacht werden.

Offen ist darüber hinaus, wie die „Übersetzung“ für einbezogene Jugendliche erfolgen kann. Die Kommission hebt nichtorganisierte Jugend und insbesondere benachteiligte Gruppen als besonders wichtig hervor. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen stellt die Übersetzung von „EU-Sprech“ selbst für gut integrierte Jugendliche eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Nahezu erschreckend sind die Formulierungen im Einführungsabschnitt der neuen Strategie: Jugend wird in erster Linie als „Humankapital, das gehegt und gepflegt“ werden müsse, bezeichnet. Dies findet sich mit unterschiedlichen Bezeichnungen gleich mehrfach im vorgeschlagenen Text – es ist die Rede von „Potenzial ausschöpfen“ oder einer „kritischen Ressource“. Die Strategie macht keinen Hehl daraus, dass man Jugend vor allem unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit betrachtet. Jugendliche werden hier zum Objekt von Politik, individuelle Entwicklung und Persönlichkeitsentfaltung geraten in den Hintergrund.

Wenn die neue Strategie davon spricht, die „gegenseitige Solidarität zwischen Gesellschaft und jungen Menschen fördern“ zu wollen, gewinnt man den Eindruck, dass Jugend nicht als essenzieller Teil der Gesellschaft gesehen wird.

Auch dass die EU-Kommission eine Untersuchung über den ökonomischen und sozialen Einfluss von Jugendarbeit stellen möchte, schlägt in diese Kerbe.

3. Die offene Methode der Koordinierung und Strukturierter Dialog als zentrale Bestandteile

Die offene Methode der Koordinierung (OMK) gibt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit voneinander zu lernen, ohne dass eine Steuerung von Brüssel aus nötig ist. Die Kommission schätzt die OMK als geeignetes Instrument mit relevanten Prioritäten ein. Auch wenn wir in Deutschland die OMK oftmals kritisch betrachten, so muss doch festgehalten werden, dass sie gerade in Ländern mit geringer jugendpolitischer Tradition als „Türöffner“ verstanden wird. Daher begrüßt der DBJR grundsätzlich die Festhaltung an diesem Instrument.

Dennoch ist dringend Nachbesserung nötig: Die OMK leidet nach wie vor an einem übermäßig aufwändigen Berichtswesen, das in den Mitgliedsstaaten eher als Verpflichtung denn als Instrument für gegenseitiges Lernen wahrgenommen wird. Solange nicht alle Mitgliedsstaaten ihre Berichte öffentlich zugänglich machen, ist auch die Transparenz dieses Verfahrens nicht gegeben: Die von der EU-Kommission vorgestellten zusammenfassenden Berichte verkürzen die Ergebnisse, so dass der Erkenntnisgewinn weit hinter dem Möglichen zurück bleibt. Auch deshalb erscheint das momentan so herausgestellte „peer learning“ als angeblich neue Zielrichtung zwischen den Mitgliedsstaaten verlockend.

Die EU-Kommission verwendet den Begriff des „peer learning“ in verschiedener, nicht klar voneinander abgegrenzter Weise. Das seit langem eingeführte Verständnis hinsichtlich peer learning von Individuen in Kleingruppen wird überlagert durch ein zusammenhanglos eingeführtes „peer learning“ zwischen Mitgliedsstaaten. Letzteres hätte bereits im Rahmen der OMK passieren sollen.

Die neue Strategie schlägt zahlreiche wichtige Themen vor, die im Rahmen der OMK bearbeitet werden sollen. Daran sollte festgehalten werden. Je nach Situation der einzelnen Mitgliedsstaaten sollte jedoch die Möglichkeit für eine Einengung dieses umfangreichen Themenportfolios bestehen. Das Herausgreifen von Schwerpunkten und einer Clusterbildung würde langfristig auch den weniger damit beschäftigten Mitgliedsstaaten einen Vorteil bringen, da sie von den Erfahrungen profitieren können.

Der Strukturierte Dialog mit der Jugend soll auf allen Ebenen junge Menschen an der Entwicklung europäischer Politik beteiligen. Dass dieser Dialog verbesserungswürdig ist, steht außer Frage; hier sind sich vermutlich alle Akteure einig. Der DBJR begrüßt daher ausdrücklich die vorgeschlagene gemeinsame Arbeitsgruppe der EU-Kommission mit den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Jugendforum ab 2010, die den Strukturierten Dialog überarbeiten soll – insbesondere hinsichtlich der Einbindung der verschiedenen Ebenen, nichtorganisierter Jugendlicher, der Rolle von EU-Events und Follow-ups.

Der DBJR begrüßt ebenso, dass die Themensetzung im Strukturierten Dialog künftig mit den Teilnehmenden gemeinsam vorgenommen werden soll. Allerdings schlägt die EU-Kommission bereits „Jugendbeschäftigung“ für 2010 und „Jugend und die Welt“ für 2011 vor. Es erstaunt, dass das für 2011 ausgerufene Europäische Jahr der Freiwilligkeit hier keine Beachtung findet.

Zugleich schlägt die Strategie eine engere Verzahnung der aktiven Politikfelder vor und erinnert daran, dass der Jugendpakt Jugendthemen innerhalb der Lissabon-Strategie insgesamt einen größeren Platz verschafft hat. Dennoch müssen auch alle Felder des Paktes berücksichtigt werden.

EU-Kommission und Mitgliedsstaaten sollen Gelegenheiten der „Debatte“ zwischen europäischen/nationalen Institutionen und jungen Menschen weiterentwickeln und möchten darüber hinaus Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung, -information und -konsultation zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten erarbeiten. Hier könnten Jugendliche und ihre Strukturen sicherlich einen wertvollen Beitrag leisten!

Die Zielformulierung der neuen Strategie, neben der formalen Bildung auch nichtformale Bildung zu unterstützen, ist zu begrüßen. Gleichzeitig irritiert der Wunsch der EU-Kommission, nichtformale Bildung in die formale Bildung „besser“ zu integrieren. Dies widerspricht den zugrunde liegenden Aspekten beider Ansätze.

E-Demokratie soll vor allem für nichtorganisierte Jugendliche weiter entwickelt werden; allerdings geht die Strategie nicht darauf ein, was damit genau gemeint ist. Es ist zu befürchten, dass über solche Instrumente gerade nicht-organisierte und benachteiligte Jugendliche nicht erreicht werden können. Die dahinter liegenden Herausforderungen sind dabei vielfältiger, als es im Rahmen dieses Statements zu beleuchten ist – die Bandbreite reicht von der digitalen Schere in der Gesellschaft bis hin zu konkreten Fragen wie nicht-organisierte Jugendliche überhaupt für entsprechende Internetangebote anzusprechen und zu interessieren sind. Auch die Probleme von möglicherweise mangelnder Repräsentativität müssen bedacht werden.

Die neue Strategie nennt das EU-Parlament und auch den Europarat explizit als Partner. Gerade letzteres ist eine erfreuliche Referenz, denn der Europarat ist in Fragen der Beteiligung, u. a. durch sein Ko-Management im Jugendbereich, bereits weiter als die Europäische Union und kann daher als Vorbild für die weitere Entwicklung dienen.

Ebenso erfreulich ist die Erwähnung der Schriftlichen Erklärung 33/2008 des Europäischen Parlaments. Eine regelmäßige institutionelle Politikfolgenabschätzung für Jugendliche wird vom DBJR ausdrücklich begrüßt. Jedoch sollten nicht vergessen werden, dass gerade deutsche Europaabgeordnete im europäischen Vergleich absolutes Schlusslicht der Unterstützer dieser Erklärung waren und sie daher an ihre Verantwortung aktiv erinnert werden müssen.

Mehrfach widmet sich die neue Strategie dem Aspekt eines bereichsübergreifenden Ansatzes, der grundsätzlich begrüßenswert ist. Die Zusammenarbeit neuer EU-Ratsformationen und deren Stärkung durch bereichsübergreifende Arbeitsgruppen erscheint spannend, wenngleich auch der wichtige Aspekt der Transparenz, die gerade in der Arbeit der Rates oft kritisiert wurde, hier noch Berücksichtigung finden muss.

Auch eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der Directorate der EU-Kommission bei jugendpolitischen Themenstellungen wäre wünschenswert. Es ist auffällig, dass die EU-Kommission diese engere Verzahnung bei anderen Akteuren wünscht, auf Vorschläge z.B. des Europäischen Jugendforums für sich selbst jedoch keine Reaktion zeigt.

Ein eigener Abschnitt 5.5 widmet sich „evidenzbasierter Politik“. Offen bleibt, welche Ziele die EU-Kommission damit verfolgt. Eine Ausrichtung der Jugendpolitik, die alleine Statistiken und Expertenmeinungen als Grundlage hat, ist nicht zielführend – zahlreiche Aspekte und auch die notwendige Vielfalt bleiben erfahrungsgemäß in solchen Erhebungen außen vor und werden nicht berücksichtigt.

4. Die Rolle der Jugend

Erfreulich sind, dass die wichtige Funktion und der gesellschaftliche Beitrag von selbstorganisierten Zusammenschlüssen junger Menschen erwähnt und die Bedeutung langfristig bestehender, stabiler Jugendverbandsstrukturen hervorgehoben werden. Die vorgesehene Stärkung der Jugendarbeit im europäischen Kontext ist als Fortschritt und als Bereicherung der jugendpolitischen Perspektive der EU auch um wichtige Aspekte der Kinder- und Jugendhilfe zu bewerten.

Auch der DBJR sieht noch Verbesserungsbedarf sowohl bei der Unterstützung von Jugendorganisationen als auch bei der Beteiligung an der repräsentativen Demokratie, wie ihn die neue Strategie beschreibt.

Mit großer Sorge müssen wir beobachten, dass im Zuge der Wirtschaftskrise die Jugendarbeit in manchen EU-Mitgliedsstaaten zunehmend unter Druck gerät. Beispielsweise kämpfen die Jugendstrukturen in Lettland oder der Slowakei ums finanzielle Überleben. Eine verstärkte finanzielle und politische Unterstützung für Jugendverbände UND Jugendringe, die auch auf nationaler und lokaler Ebene den Mitgliedsstaaten explizit empfohlen wird, begrüßt der DBJR sehr.

Erfreulich sind die Berücksichtigung der Rechte junger Freiwilliger und Ehrenamtlicher und der angestrebte bessere Schutz in den Mitgliedsstaaten, sowie auch die Förderung der Mobilität.

Der DBJR unterstützt die Ausführungen zu freiwilligem Engagement; aus deutscher Sicht wünscht er sich allerdings eine stärkere Kohärenz im eigenen Land – momentan lässt sich der Trend feststellen, dass mehrere Ministerien nebeneinander und unabgestimmt eigene Freiwilligendienste anbieten. Hohe Standards, wie sie für den Europäischen Freiwilligendienst z.B. hinsichtlich von Qualität, dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der rechtlichen Absicherung entwickelt worden sind, dürfen nicht aufgeweicht werden.

Gleichzeitig unterstützt der DBJR den Ansatz der Strategie, die weltweite Zusammenarbeit von Jugendarbeit unter Berücksichtigung bestehender Netzwerke zu stärken und Jugendarbeit künftig u.a. auch über Strukturfonds und innovative Services zu fördern.

Bei der Umsetzung der Strategie muss berücksichtigt werden, dass Freiwilligenarbeit sowie die Jugendarbeit insgesamt auch mit einer konkreten Unterstützung der Reisefreiheit von Jugendlichen einher gehen muss. Junge Menschen mit einer Nicht-EU-Staatsbürgerschaft, selbst wenn sie in der EU leben, sind von Erschwernissen bei der Visa-Erteilung besonders betroffen.

5. Schlussfolgerungen

Die vorgelegte Strategie wirkt ambitioniert; sie bleibt jedoch in weiten Teilen unkonkret oder missverständlich. Konzepte wie „e-Demokratie“ oder „peer learning“ werden ohne eine notwendige Konkretisierung verwendet.

Das kommende Halbjahr bis zur Befassung im Rat muss intensiv genutzt werden. Nicht nur das BMFSFJ, sondern vor allem auch die anderen Ebenen (Länder, Kommunen) müssen ihre Verantwortung bei der neuen Strategie wahrnehmen.

Die in Deutschland oft zitierten Schwierigkeiten aufgrund der föderalen Struktur bzw. der Länderzuständigkeit darf die Umsetzung von jugendgerechter Politik nicht gefährden. Gerade im schulischen wie auch im außerschulischen Bildungswesen kann die neue Jugendstrategie nur einen politischen Rahmen anbieten. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die EU-Strategie in den eigenen Strukturen zu konkretisieren und umzusetzen. Die Glaubwürdigkeit von EU-Politik in Deutschland darf unter bürokratisch-organisatorischen Hemmnissen nicht leiden.

Jugendverbände sind Orte nichtformaler Bildung. Diese ist freiwillig, selbstbestimmt, wertorientiert und an den Bedürfnissen des Menschen ausgerichtet. Daher muss die Eigenständigkeit von nichtformaler Bildung erhalten bleiben, eine „Integration“ in die formale Bildung wird abgelehnt.

Die Europäische Kommission stellt für die Umsetzung des Strukturierten Dialogs Jugendliche als Akteure in den Mittelpunkt. Auf Ebene der Mitgliedsstaaten weist die EU-Kommission den Jugendringen und den Nationalagenturen des Programms JUGEND IN AKTION eine besondere

Rolle zu. In einem gemeinsamen Konzept zum Strukturierten Dialog siedeln der DBJR und die deutsche Nationalagentur europäische Themen auch dort an, wo jene noch zu wenig kommuniziert werden. Europäische Politik wird nicht nur in Brüssel gemacht, sondern auch auf Länder- oder regionaler Ebene. Die Basis der Beteiligten muss hier noch deutlich erweitert werden.

(Am 25. Juni 2009 vom Vorstand des Deutschen Bundesjugendrings einstimmig beschlossen.)